

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Themen der Woche

- [Veranstaltung „Euregio: gemeinsam Verantwortung für Europa übernehmen“](#) 2
- [„Europäische Woche der Regionen und Städte 2017“ in der Gemeinsamen Vertretung](#) 3

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Europäische Staatsanwaltschaft zur Betrugsbekämpfung](#) 4
- [MEPs verabschieden Entschließung zu ambitionierteren Klimazielen](#) 5
- [Neue Regeln für die Energieeffizienz von Gebäuden](#) 5

Rat der Europäischen Union

- [E-Government soll vorangebracht werden](#) 6
- [Anpassung der Vorschriften über Risikokapitalfonds](#) 6

Europäische Kommission

- [Siebter Bericht über die Bedeutung der EU-Kohäsionspolitik](#) 7
- [Kommission will Mehrwertsteuersystem reformieren](#) 8
- [Kommissionsinitiative zur Förderung der Berufsausbildungen in Europa](#) 8
- [Amazon muss Steuererleichterungen in Höhe von 250 Mio. Euro zurückzahlen](#) 9
- [Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich in den Bereichen Umwelt- und Verbraucherschutz](#) 9

Ausschuss der Regionen

- [Rede zur Lage der Union aus Perspektive der Regionen und Städte](#) 10

Sonstiges

- [Gemeinden als Treiber nachhaltiger Entwicklung](#) 11
- [Gipfeltreffen EU-Indien](#) 11
- [Europäischer Rechnungshof untersucht Tierschutzmaßnahmen](#) 12
- [Europäischer Gerichtshof verhandelt über Österreichs Klage gegen das Atomkraftwerk Hinkley Point](#) 12

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 13

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen	14
Tagesordnungen der Institutionen	15
Impressum und Abbildungsverzeichnis	15

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Themen der Woche

Veranstaltung „Euregio: gemeinsam Verantwortung für Europa übernehmen“

Am 10. Oktober 2017 begrüßten die drei Landeshauptleute der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino rund 150 Gäste aus den Europäischen Institutionen und anderen Einrichtungen, die sich in der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion in Brüssel versammelt hatten.



Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa. Landeshauptmann Günther Platter hob hervor, dass grenzüberschreitende Kooperation in schwierigen Zeiten besonders wichtig sei. Generell sei die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino Motor einer nachhaltigen Strategie im Alpenraum. Landeshauptmann Platter betonte dabei auch die strategische Bedeutung der Zusammenarbeit in verschiedenen Sektoren, z.B. beim Brennerbasistunnel.

Die Veranstaltung widmete sich zwei wichtigen Ereignissen: Das Land Tirol wird im Jahr 2018 den Vorsitz der [EUSALP](#), der



Europäischen Strategie für den Alpenraum, übernehmen. Die Autonome Provinz Trient, gegenwärtig koordinierender Partner innerhalb der Euregio, wird die Präsidentschaft für die nächsten zwei Jahre an die Autonome Provinz Bozen/Südtirol überreichen.

Unter den versammelten Gästen befanden sich u.a. Johannes Hahn, Österreichs Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, sowie der Präsident des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz.

[Mehr Informationen](#)



„Europäische Woche der Regionen und Städte 2017“ in der Gemeinsamen Vertretung

Vom 9. bis 12. Oktober fand zum 15. Mal die [Europäische Woche der Regionen und Städte](#) – European Week of Regions and Cities (EWRC) – in Brüssel statt. Am 11. Oktober gab Landeshauptmann Günther Platter in diesem Rahmen eine erste Vorschau auf die Tiroler Präsidentschaft der [EUSALP](#) (die Makroregionale Strategie für den Alpenraum) im Jahr 2018.



Die diesjährige EWRC stand unter dem Motto „Regionen und Städte arbeiten für eine bessere Zukunft“. Vor diesem Hintergrund wurden am 11. Oktober zwei hochrangig besetzte Debatten zum Generalthema „What role for EUSALP in future?“ abgehalten. Ein erstes ExpertInnenpanel, das sich u.a. aus den drei Landeshauptleuten der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino zusammensetzte, befasste sich mit der Frage „What role for EUSALP's Regions and Cities as change agents for the future?“. Das zweite Panel drehte sich um die Frage, was EUSALP den BürgerInnen bisher gebracht hat.

Landeshauptmann Günther Platter wies in seinen Ausführungen darauf hin, die EUSALP-Präsidentschaft nutzen zu wollen, um auf das Thema Verkehr aufmerksam zu machen. Ziel sei, ein Verständnis für die Verkehrspolitik im Alpenraum zu schaffen und die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene zu fördern.



Weiters am Programm stand an diesem Tag u.a. ein Arbeitsgespräch mit dem neuen Ständigen Vertreter Österreichs bei der EU, Nikolaus Marschik, und mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, sowie ein Zusammentreffen mit einer großen Gruppe Jugendlicher aus der Europaregion. Thema des Zusammentreffens mit EU-Parlamentspräsident Tajani war ebenfalls die steigende Verkehrsbelastung für Tirol.

Die 15. Auflage der Veranstaltungsreihe „Europäische Woche der Regionen und Städte“ wurde von über 200 Regionen und Städten in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Ausschuss der Regionen und der Generaldirektion Regionalpolitik der EU-Kommission organisiert. Im gemeinsamen Verbindungsbüro von Tirol, Südtirol und Trentino diskutierten neben den Landeshauptleuten u.a. noch Brigitta Pallauf (Salzburger Landtagspräsidentin) und Peter Kaiser (Kärntner Landeshauptmann) über die Gegenwart und Zukunft des Alpenraums.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Europäische Staatsanwaltschaft zur Betrugsbekämpfung

Am 5. Oktober haben die Abgeordneten des EU-Parlaments für die Schaffung einer [Europäischen Staatsanwaltschaft](#) (EPPO, European Public Prosecutor's Office) gestimmt. Dadurch sollen europäische und nationale Bemühungen gebündelt werden, um Betrugsdelikte zum Nachteil von EU-Mitteln Einhalt zu gebieten.

Gegenwärtig können nur nationale Behörden strafrechtliche Verfolgungen bei Betrug zum Nachteil von EU-Geldern einleiten. Mit der Errichtung der EPPO soll nunmehr rascher Informationsaustausch, koordinierte polizeiliche Ermittlungen, schnelles Einfrieren bzw. Beschlagnahme von Erträgen aus Straftaten sowie die Verhaftung von Verdächtigen über Grenzen hinweg möglich werden. Die EPPO wird hierbei eng mit bereits bestehenden Unionsagenturen, wie der Justizbehörde Eurojust und dem Betrugsbekämpfungsamt OLAF, zusammenarbeiten.

Der zentrale Sitz der EPPO wird in Luxemburg sein. Sie wird dabei aus zwei Ebenen bestehen: Die zentrale Ebene setzt sich aus einem Europäischen Generalstaatsanwalt und Europäischen Staatsanwälten (einem pro

Mitgliedstaat) zusammen. Die nationale Ebene umfasst in den Mitgliedstaaten ansässige delegierte Europäische Staatsanwälte.

Die EPPO wurde im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit zwischen 20 Mitgliedstaaten (inkl. Österreich) vereinbart. Trotz dieser Zuständigkeitsbeschränkung wird die EPPO mit den nicht teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Am 12. Oktober werden die im Ministerrat zusammenkommenden EU-Justizminister die Verordnung zur Errichtung der EPPO formal annehmen. Die EPPO wird sodann erwartungsgemäß frühestens zwischen 2020 und 2021 seine Arbeit aufnehmen können.

[Mehr Informationen](#)



MEPs verabschieden Entschließung zu ambitionierteren Klimazielen

Im Hinblick auf die in Bonn vom 6.-17. November stattfindende [nächste Runde der UN-Klimagespräche](#) forderten die Abgeordneten am 4. Oktober die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten auf, bis 2050 eine Strategie zur Umsetzung der Emissionsfreiheit vorzulegen.

Im Einzelnen appellieren die MEPs dafür, das Übereinkommen von Paris in Unionsrecht umzusetzen, die Klimaschutzziele der EU zu verstärken und die umweltpolitischen Instrumente der Union zu verbessern. Sie forderten zudem Zusagen zur Erschließung weiterer Finanzierungsquellen für Klimaschutzmaßnahmen. Darlehensvergaben und Investitionen sollten im Einklang mit dem Ziel stehen, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2

°C zu begrenzen. Ausfuhrkredite zu Gunsten der Nutzung fossiler Brennstoffe seien einzustellen.

Das Pariser Übereinkommen sieht eine Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich weniger als 2°C vor. Aktuell arbeitet das EU-Parlament an drei Gesetzesvorschlägen zur Umsetzung dieses Ziels.

[Mehr Informationen](#)

Neue Regeln für die Energieeffizienz von Gebäuden

Am 11. Oktober stimmte der Industrieausschuss des EU-Parlaments für eine überarbeitete Richtlinie betreffend die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ab. Dies soll zu mehr Energieeinsparungen führen.

Gegenwärtig bilden Gebäude mit einem Endenergie-Anteil in Höhe von 40 % den Sektor mit dem größten Energieverbrauch in der EU. Die neuen Regeln sollen deshalb die Energieeffizienz von Gebäuden fördern sowie kostenwirksame Gebäuderenovierung unterstützen. Dadurch soll das langfristige Ziel verwirklicht werden, den bestehenden energieineffizienten Gebäudebestand in einen mit geringen Kohlendioxid-Emissionen zu verwandeln.

Nach Ansicht von MEPs lässt diese miserable Energieeffizienz bei vielen Bauten heute bis zu 70 % der Energie verpuffen. Zudem würde eine Sanierung der Gebäude laut Kommission europaweit neue Aufträge im Wert von 80 bis 120 Mrd. Euro – vor allem für Klein- und Mittelbetriebe – bringen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

E-Government soll vorangebracht werden

Am 6. Oktober haben die zuständigen nationalen Minister bei einem Zusammentreffen in Tallinn bekräftigt, die Nutzung von elektronischen Identifizierungsnachweisen (eID) zu beschleunigen. Generell sollen elektronische Behördendienste, so genannte E-Government-Dienste, EU-weit ausgebaut werden.

Deutschland hat am 26. September als erster Mitgliedstaat die Notifizierung des eID abgeschlossen. Damit sind alle EU-Mitgliedstaaten ab September 2018 verpflichtet, ihre eigenen Verwaltungsverfahren für die deutsche Online-Ausweisfunktion zu öffnen.

Im digitalen Binnenmarkt ist die Notifizierung erforderlich, damit nationale eIDs in allen Mitgliedstaaten anerkannt und genutzt werden können. Die Mitgliedstaaten müssen

zwar nicht ihre eIDs notifizieren, aber sie sind verpflichtet, alle eIDs anderer Mitgliedstaaten anzuerkennen, die bereits notifiziert wurden. Rechtsgrundlage für Deutschlands Vorgehen ist die eIDAS-Verordnung. Sie zielt auf interoperable Identifizierungssysteme ab und hat des Weiteren den Zweck, die Identifizierung für grenzüberschreitende Verwaltungsdienstleistungen im EU-Raum erheblich zu vereinfachen.

[Mehr Informationen](#)

Anpassung der Vorschriften über Risikokapitalfonds

Zur Umsetzung der Kapitalmarktunion hat der Rat am 9. Oktober die Aktualisierung der Regeln betreffend Europäische Risikokapitalfonds (EuVECA) und Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (EuSEF) beschlossen.

Mit dem Rechtsakt werden die im Jahr 2013 erlassenen Vorschriften über EuVECA- und EuSEF-Fonds angepasst. Diese Fonds betreffen junge und innovative Unternehmen bzw. Unternehmen, die eine positive Wirkung für die Gesellschaft erzielen wollen. In Zukunft sollen sie für Fondsmanager aller Größen zugänglich gemacht sowie das Spektrum der Unternehmen, in die die Fonds investieren können, erweitert werden.

Allgemein zielt der Vorschlag darauf ab, Investitionen in Unternehmensgründungen und Innovationen anzukurbeln. Diese Maßnahmen sind Teil der Kapitalmarktunion und sollen auch dazu beitragen, Investitionen im Einklang mit dem EU-Investitionsplan für Europa zu erhöhen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Siebter Bericht über die Bedeutung der EU-Kohäsionspolitik

Am 9. Oktober hat die Europäische Kommission ([englische Fassung](#)) den Siebten Kohäsionsbericht veröffentlicht. In dieser alle drei Jahre publizierten Analyse werden die EU-Regionen genau untersucht und Lehren aus den kohäsionspolitischen Ausgaben während der Krisenjahre gezogen. Außerdem bildet sie die Grundlage für die Gestaltung der Kohäsionspolitik nach 2020.

Laut dem Bericht kommt Europas Wirtschaft zwar wieder in Fahrt, trotzdem gibt es nach wie vor ein Gefälle zwischen den Mitgliedstaaten wie auch innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten. Weniger stark entwickelte Regionen holen auf, doch ihre Beschäftigungsquoten bleiben niedrig. In einigen Regionen liegt die Arbeitslosenquote noch immer über dem Vorkrisenniveau. Insbesondere kleine Unternehmen haben Schwierigkeiten, sich an Globalisierung, Digitalisierung, grünes Wachstum und Technologiewandel anzupassen.

Im Mittelpunkt der im Bericht niedergelegten künftigen Kohäsionspolitik stehen Investitionen in allen EU-Regionen mit folgenden drei Hauptzielen: die

Globalisierung meistern, niemanden zurücklassen und Strukturreformen unterstützen. Zusätzlich werden mehr Flexibilität in einem stabilen Rahmen sowie einfachere Regeln benötigt. Im Kohäsionsbericht wird zuletzt anerkannt, dass die Verknüpfung zwischen der Kohäsionspolitik und der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU gegebenenfalls verstärkt werden muss (d.h. ex-ante- und makroökonomische Konditionalitäten). Dies soll Reformen zugunsten eines wachstumsfördernden Umfelds unterstützen.

[Mehr Informationen](#)



Kommission will Mehrwertsteuersystem reformieren

Die Europäische Kommission hat am 4. Oktober Pläne für die größte Reform der EU-Mehrwertsteuervorschriften seit 1993 vorgelegt. Durch die Neuregelung soll das System sowohl für Regierungen als auch für Unternehmen verbessert und modernisiert werden.

Nach Schätzung der Kommission büßen Mitgliedstaaten jährlich mehr als 150 Mrd. Euro an Mehrwertsteuern ein. Dabei gehen pro Jahr ca. 50 Mrd. Euro (d.h. 100 Euro pro EU-Bürger) allein aufgrund grenzüberschreitenden Betrugs verloren. Vor diesem Hintergrund strebt die Kommission ein System an, das ermöglicht, Mehrwertsteuerbetrug wirksamer zu bekämpfen. Die Reform könnte eine Betrugsreduktion von 80 % herbeiführen.

Die Kommission beabsichtigt weiters die komplette Umstellung auf das Bestimmungslandprinzip, bei dem der endgültige Betrag der Mehrwertsteuer stets an den Mitgliedstaat

des Endverbrauchers entrichtet wird und dem dort geltenden Satz entspricht. Bürokratieentlastung für grenzüberschreitende Verkäufer soll durch den Wegfall der „Zusammenfassenden Meldung“ erreicht werden. Insgesamt baut der neue EU-Mehrwertsteuerraum auf vier grundlegenden Eckpfeilern auf: Betrugsbekämpfung, zentrale Anlaufstellen, größere Kohärenz und weniger Bürokratie. In weiterer Folge wird der Kommissionsvorschlag nun dem Rat zur Zustimmung bzw. dem Europäischen Parlament zur Stellungnahme vorgelegt.

[Mehr Informationen](#)

Kommissionsinitiative zur Förderung der Berufsausbildungen in Europa

Am 5. Oktober hat die Kommission einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates über einen EU-Rahmen für hochwertige und nachhaltige Berufsausbildungen angenommen. Der Vorschlag ist Teil der [europäischen Agenda für Kompetenzen](#) und fügt sich zudem in die [europäische Säule sozialer Rechte](#) ein.

Im Kommissionsvorschlag werden 14 Kriterien niedergelegt, welche die Mitgliedstaaten und sonstigen Akteure bei der Entwicklung hochwertiger und nachhaltiger Berufsausbildungen beachten sollten. Während sieben Kriterien die Lern- und Arbeitsbedingungen betreffen, haben die anderen sieben Kriterien die generellen Rahmenbedingungen zum Gegenstand.

Die Initiative soll eine bessere Beschäftigungsfähigkeit und eine bessere

persönliche Entwicklung von Auszubildenden bringen. Zudem trägt sie zur Verwirklichung der Europäischen Säule sozialer Rechte bei, deren erster Grundsatz besagt, dass jede Person das Recht auf allgemeine und berufliche Bildung sowie lebenslanges Lernen von hoher Qualität und in inklusiver Form hat. In weiterer Folge werden die Mitgliedstaaten diesen Vorschlag im Hinblick auf dessen Annahme durch den Rat erörtern.

[Mehr Informationen](#)



Amazon muss Steuererleichterungen in Höhe von 250 Mio. Euro zurückzahlen

Am 4. Oktober fasste die Kommission einen Beschluss, dass der Versandhandelsriese Amazon in Luxemburg unzulässigerweise Steuervergünstigungen von ca. 250 Mio. Euro erhalten hat. Dies ist gemäß den EU-Beihilfavorschriften untersagt, da Amazon wesentlich weniger Steuern zahlen musste als andere vergleichbare Unternehmen.

Die zuständige EU-Kommissarin für Wettbewerbspolitik Margrethe Vestager erklärte, dass durch diese Konstruktion fast drei Viertel der Gewinne von Amazon nicht besteuert wurden. Im Einzelnen wurde dem Konzern ermöglicht, seine Gewinne von dem Unternehmen „Amazon EU“ auf die Gesellschaft „Amazon Europe Holding Technologies“ zu verlagern. In Form von Lizenzgebühren konnte dabei der eigentlich in Luxemburg zu versteuernde Gewinn wesentlich verringert werden.

Diese Lizenzgebühren wurden nach Ansicht der Kommission künstlich aufgebläht und standen nicht mehr im Einklang mit der wirtschaftlichen Realität. In der Folge muss die luxemburgische Steuerbehörde nun anhand einer im Beschluss festgelegten Methode die exakte Höhe der Steuerschuld von Amazon berechnen.

[Mehr Informationen](#)

Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich in den Bereichen Umwelt- und Verbraucherschutz

Am 4. Oktober hat die Europäische Kommission zwei Aufforderungsschreiben übermittelt, da Österreich nach ihrer Auffassung bestimmten Verpflichtungen aus dem EU-Recht nicht nachgekommen ist. Es betrifft die Gebiete Umwelt- und Verbraucherschutz.

In einem ersten Schreiben wird Österreich aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Richtlinie über die Umwelthaftung ordnungsgemäß umgesetzt wird. Nach Ansicht der Kommission sind nämlich einige Bestimmungen der Umsetzungsvorschriften über die Betreiberhaftung für Umweltschäden nicht EU-konform.

Im zweiten Schreiben verlangt die Kommission von Österreich, seine Rechtsvorschriften mit der Verbraucherrechte

-Richtlinie in Einklang zu bringen. Diesbezüglich habe Österreich Strafen eingeführt, die nicht abschreckend genug wirken und zudem nicht sämtliche in der Richtlinie vorgesehenen Verstöße abdecken. Schließlich wird noch beanstandet, dass es Verbrauchern ermöglicht werden müsste, bei verspäteten Lieferungen die gesamte Bestellung zu stornieren, wenn sie mehrere Produkte bestellt haben.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Rede zur Lage der Union aus Perspektive der Regionen und Städte

Im Rahmen der Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen am 10. Oktober hielt Präsident Karl-Heinz Lambertz erstmals eine Rede „Zur Lage der Europäischen Union: die Perspektive der Regionen und Städte“ ([englische Fassung](#)).

Vor dem Hintergrund der laufenden Debatte über die Zukunft Europas sprach der Präsident des AdR zum einen über künftige Agenden der EU. Zum anderen ging er auf die Herausforderungen für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den kommenden Jahren in Bereichen wie Migration, Beschäftigung und Wachstum, Klimawandel und sozialer und territorialer Zusammenhalt ein.

Im Anschluss an die Rede fand eine Debatte mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, sowie lokalen und regionalen EntscheidungsträgerInnen aus allen EU-Mitgliedstaaten statt.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Gemeinden als Treiber nachhaltiger Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung kann nicht per Gesetz verordnet werden. Es braucht Menschen vor Ort, die sie verwirklichen. Den Gemeinden kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, sagt Jean Horgues-Debat, neu gewählter Präsident der Internationalen Alpenschutzkommission (CIPRA).

In diesem Jahr werden die Gründungsjubiläen des Vereins „Alpenstadt des Jahres“ und des Gemeinденetzwerks „Allianz in den Alpen“ gefeiert. In diesen Netzwerken haben sich Gemeinden zusammengeschlossen, die sich dafür einsetzen, die Grundsätze der Alpenkonvention zur nachhaltigen Entwicklung umzusetzen und voranzubringen.

Die zwei französischen Regionen Ecrins und Oisans haben beispielsweise Dienstleistungs-

zentren aufgebaut, die durch Partnerschaften mit mehr als 30 Dienstleistungsträgern in den großen Städten ortsnahe Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Durch die Bündelung der Ressourcen werden die Wege verkürzt und die sozialen Gegensätze verkleinert.

[Mehr Informationen](#)

Gipfeltreffen EU-Indien

Am 6. Oktober fand in Neu Delhi das 14. Gipfeltreffen EU-Indien statt. Ratspräsident Tusk, Kommissionspräsident Juncker und Außenbeauftragte Mogherini trafen mit Indiens Premierminister Modi zusammen.

Der Gipfel markierte den jüngsten Schritt in den nun bereits seit 55 Jahren bestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden größten Demokratien der Welt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen eine Vielzahl von Themen, wie etwa Terrorismusbekämpfung, saubere Energie und Klimawandel, aber auch intelligente und nachhaltige Stadtentwicklung.

Beide Seiten erkannten zudem, dass es Zeit sei, die gemeinsamen Handelsbeziehungen auf die nächste Ebene zu bringen. Die EU ist

der größte Handelspartner Indiens, während Indien unter den wichtigsten Handelspartnern der EU auf Platz 9 liegt. Vor diesem Hintergrund sollen die seit September 2013 quasi ausgesetzten Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU wieder aufgenommen werden. Verhandlungsführer beider Seiten sollen sich im November zusammensetzen, um weitere Schritte einzuleiten.

[Mehr Informationen](#)



Europäischer Rechnungshof untersucht Tierschutzmaßnahmen

In einer Mitteilung vom 4. Oktober verlautbarten die EU-Prüfer, dass sie untersuchen werden, ob die Kommission und die Mitgliedstaaten effektiv zum Erreichen der Tierschutzziele der EU beigetragen haben. Die Prüfung beschränkt sich auf landwirtschaftliche Nutztiere.

Die Prüfer werden die Maßnahmen bewerten, die ergriffen wurden, um die Einhaltung der Tierschutzvorschriften zu gewährleisten und die Tätigkeiten im Rahmen des Tierschutzes besser mit der Gemeinsamen Agrarpolitik abzustimmen. Aktuell werden in der EU schätzungsweise 4,5 Mrd. Hühner, Legehennen und Puten und etwa 330 Mio. Kühe, Schweine, Ziegen und Schafe gehalten.

Bei der Prüfung wird nicht nur deren Haltung in den landwirtschaftlichen Betrieben untersucht, sondern auch deren Transport und Schlachtung. Im Einzelnen werden die Prüfer fünf Mitgliedstaaten besuchen (Rumänien, Polen, Frankreich, Italien und Deutschland). Der endgültige Rechnungshofbericht soll Ende 2018 veröffentlicht werden.

[Mehr Informationen](#)

Europäischer Gerichtshof verhandelt über Österreichs Klage gegen das Atomkraftwerk Hinkley Point

Österreichs Klage richtet sich gegen die Entscheidung der Kommission, mit der die Staatsbeihilfe Großbritanniens für das Atomkraftwerk Hinkley Point C genehmigt wurde.

Vor dem EuGH in Luxemburg haben am 5. Oktober Verhandlungen über Österreichs Klage gegen Staatsbeihilfen für das britische Atomkraftwerk Hinkley Point C begonnen. In der erhobenen Nichtigkeitsklage macht Österreich u.a. geltend, dass die Kommission fälschlicherweise von einem eigenen Markt für Atomenergie ausgehe. Auch habe sie zu Unrecht festgestellt, dass es sich bei der Atomkraft um eine neuartige Technologie

handelt und ihre Förderung ein Ziel von gemeinsamem Interesse darstellt.

Das Projekt soll laut Greenpeace insgesamt ca. 108 Mrd. Euro an Subventionen erhalten haben. Insbesondere sollen dem Betreiber des Atomkraftwerks über einen Zeitraum von 35 Jahren stabile Einnahmen zukommen.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zu Spezifikationen für kooperative intelligente Verkehrssysteme](#)

Mobilität und Verkehr

10 Oktober 2017 - 5 Januar 2018

[Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors \(PSI-Richtlinie\)](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

19. September 2017 - 12. Dezember 2017

[Öffentliche Konsultation zum Elfenbeinhandel in der EU](#)

Umwelt

15. September 2017 - 8. Dezember 2017

[Initiative zu Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten](#)

Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit

12. September 2017 - 5. Dezember 2017

[Öffentliche Konsultation zum EU-Rückkehrausweis \(EU ETD\)](#)

Justiz und Grundrechte

12. September 2017 - 5. Dezember 2017

[Public consultation on the evaluation of the Batteries Directive](#)

Umwelt

6. September 2017 - 28. November 2017

[Initiative zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette](#)

Landwirtschaft, Unternehmen und Industrie, Verbraucherschutz

16. August 2017 - 17. November 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Energie

Erneuerbare Energien, CO2-Emissionen, Forschung und Innovation	<u>HORIZON PRIZE – LOW CARBON ENERGY INDUCEMENT PRIZES 2016 - PHOTOVOLTAICS MEETS HISTORY</u>	26.09.2018	€ 750.000
Erneuerbare Energien, Gebäude, Krankenhäuser	<u>HORIZON PRIZE – LOW CARBON ENERGY INDUCEMENT PRIZES 2016 - LOW CARBON HOSPITAL</u>	03.04.2019	€ 1.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Patrick Raschner

Abbildungsverzeichnis

Wiktor Dabkowski